

Antrag

der Fraktion Die Linke

Desinformation und Fake News bekämpfen – Medienkompetenz stärken

- I. Der Landtag stellt fest, dass Desinformation, gezielte Falschinformationen und digitale Manipulationskampagnen eine ernsthafte Bedrohung für die demokratische Kultur und das solidarische Miteinander in Thüringen darstellen. Sie sind geeignet, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Wissenschaft, Medien, demokratische Prozesse und Institutionen zu untergraben. Besonders in digitalen Räumen verbreitet sich Desinformation häufig massenhaft, mit hoher Geschwindigkeit und emotionaler Aufladung, was die Spaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts fördert.
- II. Der Landtag stellt außerdem fest, dass Thüringen – ebenso wie andere Regionen Europas – von diesen Entwicklungen betroffen ist, weshalb starke zivilgesellschaftliche Strukturen, Bildungsinstitutionen, freie Medien, demokratische Einrichtungen und eine leistungsfähige Verwaltung in besonderer Weise gefordert sind, eine gesellschaftliche Resilienz gegenüber Desinformation zu stärken, Falschinformationen frühzeitig zu erkennen, faktenbasiert zu widerlegen und das demokratische Bewusstsein zu fördern. Der Freistaat muss daher umfassend und koordiniert handeln, um demokratische Standards und Freiheiten zu schützen.
- III. Die Landesregierung soll hierzu folgende Maßnahmen ergreifen:

1. Entwicklung einer Landesstrategie

Die Landesregierung wird gebeten, eine ressortübergreifende Landesstrategie zur Bekämpfung von Desinformation und Fake News zu erarbeiten. Diese soll Maßnahmen in Bildung, öffentlicher Verwaltung, Justiz, Medien, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Digitalem bündeln und koordinieren. Ziel ist es, die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit gegenüber gezielter Falschinformation zu erhöhen und demokratiefeindlichen Kampagnen wirksam entgegenzutreten.

2. Medienkompetenz in Schulen stärken

In allen allgemein- und berufsbildenden Schulen Thüringens soll die Vermittlung von Medien- und Nachrichtenkompetenz verstärkt werden. Das Thema Aufklärung über Desinformation soll verbindlich in allen Lehrplänen fächerübergreifend, insbesondere aber im Fach „Medienbildung und Informatik“, verankert werden – nach

dem Vorbild Finnlands, wo Medienbildung integraler Bestandteil des Unterrichts ist. Schülerinnen und Schüler sollen lernen, Desinformationen zu erkennen, Werbung und Statistik einzuordnen sowie geschichtsrevisionistische Narrative und Verschwörungsmysmen zu identifizieren. Dazu soll auch das Angebot „Mediencouts“ für Schülerinnen und Schüler über die Peer-to-Peer-Zugänge ausgeweitet werden. Die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften ist entsprechend anzupassen, damit sie fundiert insbesondere mit digitalen Quellen und deren Bewertung arbeiten können.

3. Außerschulische Bildungsangebote ausweiten

Auch außerhalb der Schule sollen umfassende Angebote zur Förderung von Medienkompetenz geschaffen werden. Die im Mai 2025 zum vierten Mal stattfindenden „Aktionstage gegen Fake News, Desinformation und Verschwörungstheorien“ der Thüringer Landesmedienanstalt sollen zu einer landesweiten Aufklärungskampagne ausgebaut werden. In Zusammenarbeit mit Volkshochschulen, freien Trägern der Erwachsenenbildung, Bibliotheken, der Landeszentrale für politische Bildung und der Thüringer Landesmedienanstalt sollen zielgruppenspezifische niedrigschwellige Angebote für Kinder, Jugendliche, Erwachsene sowie Seniorinnen und Senioren entwickelt werden. Dabei kann im Rahmen der Seniorenmedienbildungsstrategie auch das erfolgreiche Projekt „Digitaler Engel Thüringen“ noch stärker als bisher dahin gehend zum Einsatz kommen, Seniorinnen und Senioren in Thüringen resilienten gegen Desinformation zu machen und landesweite Schulungen im Rahmen des Tourenplans anzubieten. Durch Schaufensteraktionen oder digitale Infostationen mit Tipps zum Thema „Sicher im Netz“ und Erkennung von Desinformationen sollen Kooperationen mit Apotheken, Sparkassen, Kirchengemeinden und weiteren Akteuren geprüft werden.

4. Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt stärken

Öffentlich-rechtliche Medien sollen unterstützt werden, um qualitätsgesicherte Informationen – insbesondere über soziale Medien und jugendaffine Formate – besser zu verbreiten, die Landesregierung soll dazu gemeinsam mit der Thüringer Landesmedienanstalt und den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten eine Konzeption entwickeln. Zugleich sollen Bürgerfunk- und Bürgermedienprojekte in den kommenden Jahren stärker unterstützt werden, damit vielfältige vertrauenswürdige Stimmen im Medienmix präsent sind und eine Diversifikation stattfinden kann. Zudem sollen Fortbildungen für ehrenamtliche Medienschaffende unterstützt werden, etwa hinsichtlich journalistischer Standards und Verifikation digitaler Inhalte.

5. Förderung für lebenslanges Lernen

„Informations- und Medienkompetenz“ soll auch als lebenslanges Lernen im Bereich digitaler Medien gezielt unterstützt werden. Gefördert werden sollen im Rahmen institutioneller und programmorientierter Förderung Vereine, Bildungsträger oder Start-ups, die innovative Formate zur Aufklärung über Desinformation entwickeln, Fact-Checking-Plattformen betreiben oder Workshops zur Förderung kritischer Online-Kompetenzen anbieten. Dabei kann auf Erfahrungen wie die kanadische „Digital Citizen Initiative“ zurückgegriffen werden.

6. Fortbildungen für Verwaltung und politische Entscheidungsträger

Der Freistaat soll sicherstellen, dass Beschäftigte der Landesverwaltung – insbesondere in Polizei, Justiz, Schulen, Hochschulen und Pressestellen – Fortbildungsangebote zur Desinformationsbekämpfung wahrnehmen können. Auch Mitglieder der Landesregierung sowie politische Entscheidungsträgerinnen und -träger sollen medienpädagogische Workshops erhalten, um ihr Urteilsvermögen zu stärken sowie als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gegen Fake News zu wirken. Die Zusammenarbeit mit erfahrenen Akteuren aus der Zivilgesellschaft wird ausdrücklich empfohlen.

7. Schutz der Wahlen vor Desinformation

Bei künftigen Landtags-, Kommunal-, Bundestags- und Europawahlen in Thüringen soll frühzeitig ein Konzept zum Schutz vor Desinformation greifen. Die Landesregierung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Landeswahlleitung Maßnahmen zu ergreifen, um gezielte Falschbehauptungen über Wahlabläufe oder -ergebnisse – rasch zu entkräften, darunter auch Informationskampagnen vor Wahlen sowie faktenbasierte Aufklärung über gängige Falschinformationen (zum Beispiel zu Methodiken der Wahl, wie zur Briefwahl). Thüringen soll sich auch auf Bundesebene für mehr Transparenz bei Online-Wahlwerbung und gegen Desinformationskampagnen einsetzen. Die allgemeine Information über Wahlen sowie verschiedene Kompetenzen (Kommune, Land, Bund und Europa) soll dabei landesweit verstärkt werden.

8. Forschungs- und Kompetenzzentrum etablieren

In Zusammenarbeit mit den Hochschulen im Land soll ein „Forschungs- und Kompetenzzentrum digitale Desinformationsprävention“ gegründet beziehungsweise bestehende Initiativen durch die Unterstützung der Vernetzung gestärkt werden. Dieses soll interdisziplinär erforschen, wie Desinformation entsteht und wirkt, sowie neue Erkennungsverfahren entwickeln – etwa zur Analyse von Deepfakes oder Social-Bot-Netzwerken. Thüringen soll sich dazu an europäischen Netzwerken wie dem European Digital Media Observatory (EDMO) beteiligen. Forschungsergebnisse sollen öffentlich zugänglich gemacht und in Bildungs- und Präventionsarbeit einfließen.

9. Plattformen stärker in die Pflicht nehmen

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass soziale Netzwerke stärker verpflichtet werden, gegen Desinformation vorzugehen. Die im Digital Services Act verankerten Regeln müssen konsequent umgesetzt und überwacht werden. Thüringen soll Initiativen auch auf Ebene des Bundesrats selber einbringen oder unterstützen, die strengere Verhaltensregeln für Plattformbetreiber fordern, etwa durch eine Weiterentwicklung des EU-Verhaltenskodex gegen Desinformation.

10. Novellierung des Thüringer Transparenzgesetzes

Das Thüringer Transparenzgesetz soll überarbeitet und ein verpflichtendes Roll-out für Kommunen bis zum Jahr 2029 umgesetzt werden, um Bürgerinnen und Bürger besseren Zugang zu

verlässlichen Informationen zu ermöglichen. Die bislang mögliche Höchstgebühr von 500 Euro (§ 15 des Thüringer Transparenzgesetzes – ThürTG) soll auf 100 Euro gesenkt beziehungsweise durch eine einfachere Gebührenpraxis ersetzt werden. Ziel ist ein grundsätzlich kostenfreier Zugang zu digitalen Informationen, vor allem dort, wo Akten bereits digital vorliegen sowie eine Verwaltungskostenfreiheit auch bei mittlerem Bearbeitungsaufwand. Proaktive Veröffentlichungspflichten (§§ 5 bis 7 ThürTG) sollen ausgebaut und eine pauschale Gebührenbefreiung für gemeinnützige Organisationen, Journalistinnen und Journalisten sowie Forschungseinrichtungen eingeführt werden.

11. Stärkung der polizeilichen Kriminalprävention

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Kriminalprävention der Thüringer Polizei gezielt für die Herausforderungen im Kontext digitaler Desinformation und betrügerischer Manipulationen zu stärken. Immer häufiger nutzen Täterinnen und Täter Falschinformationen, täuschende Identitäten oder KI-generierte Inhalte, um insbesondere ältere oder weniger digital versierte Menschen zu täuschen – etwa bei sogenannten Enkeltrick-Versuchen per Messenger, Fake-Anzeigen auf Verkaufsplattformen, Love Scamming oder Phishing durch täuschend echte KI-generierte Mails oder Stimmen. Die mit dem Landeshaushalt für das Jahr 2025 geänderten und erhöhten Mittel im Bereich der Kriminalprävention (Kapitel 03 14 Titel 547 04) und des Ausbaus neuer digital-hybrider Lehrräume zur besseren Aus- und Fortbildung (Kapitel 16 03 Titel 632 76) sollen genutzt werden, um noch stärker als bisher die Bevölkerung in Thüringen vor derartigen Gefahren zu schützen. Dabei soll geprüft werden, ob Teile der Prävention auch landeseinheitlich koordiniert werden können, um Synergieeffekte zu nutzen, etwa gezielte Warnungen oder der Ankauf von Werbeflächen in den Plattformen zur Betrugsprävention. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Thüringen sollen durch die Modernisierung der Polizeibildungseinrichtungen auch besseren Zugang zu spezialisierten Fortbildungen über Täuschungs- und Betrugsformen im Netz erhalten (zum Beispiel Deepfakes, KI-Stimmeklau, Fake-Webseiten, synthetische Identitäten).

Begründung:

Immer wieder werden in Thüringen gezielt Desinformationen verbreitet – etwa im Jahr 2023 in Gera mit gefälschten Einberufungsbescheiden, um Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen oder im Jahr 2024 durch Meldungen über angeblich manipulierte Wahlergebnisse zur Landtagswahl. Auch Deepfakes spielten im Jahr 2025 im Bundestagswahlkampf eine Rolle und die Thüringer Polizei warnte in sozialen Medien wiederholt vor Falschbehauptungen. Zum Beispiel über eine Meldung aus Erfurt, bei der behauptet wurde, Ausländer „hacken Deutschen beide Hände“ ab, illustriert mit einem manipulierten Foto, bei dem sich im Nachgang herausstellte, dass sich eine betroffene Person ohne Opfer eines Angriffs geworden zu sein, selbst an den Glasscherben einer Tür verletzte und schließlich selbst zum Gegenstand der Ermittlungen wurde.

Desinformation nimmt im digitalen Raum rasant zu, auch durch KI-Technologie. Länder wie Finnland, Estland, Kanada oder Taiwan zeigen, wie effektive Gegenstrategien aussehen können – durch Bildung, transparente Kommunikation oder die Einbindung der Zivilgesellschaft.

Auf europäischer Ebene vernetzt EDMO Faktenprüferinnen und Faktenprüfer sowie Wissenschaft und Medien. Thüringen kann an bestehende Initiativen (zum Beispiel der Thüringer Landesmedienanstalt) anknüpfen und diese verbindlich in den Unterricht integrieren. Lehrerfortbildungen sind dafür zentral. Auch Erwachsene, vor allem ältere Menschen, benötigen gezielte Angebote zur Stärkung ihrer Medienkompetenz. Lebenslanges Lernen ist eine Grundvoraussetzung im digitalen Zeitalter.

Die Verbreitung von Desinformation hängt auch maßgeblich mit den bestehenden Medienstrukturen und den dahinterstehenden ökonomischen Interessen zusammen. Eine freie und vielfältige Medienlandschaft ist essenziell für eine demokratische Gesellschaft. Medienkonzentration in den Händen weniger großer Unternehmen, gepaart mit wirtschaftlicher und politischer Einflussnahme, kann dazu führen, dass bestimmte Narrative dominant werden, während kritische Stimmen marginalisiert werden. Deshalb ist es wichtig, Medienkompetenz nicht nur im Hinblick auf die Erkennung von Falschinformationen zu stärken, sondern auch die Fragen von Zugang und Repräsentation zu thematisieren. Schließlich obliegt Medien die Verantwortung gegenüber der demokratischen Öffentlichkeit und der Vielfalt an Meinungen in Gänze, weshalb es im Interesse der gesamten Gesellschaft sein sollte, wenn auch die Medienlandschaft in Thüringen in Zukunft noch demokratischer und inklusiver aufgestellt ist.

Auch vor Wahlen ist auch gezielte Aufklärung nötig, um Vertrauen in demokratische Prozesse zu stärken. Dazu gehören Monitoringprogramme, transparente Auszählungsverfahren und faktenbasierte Öffentlichkeitsarbeit. Thüringer Hochschulen und Forschungsinstitute können durch Projekte zur Analyse der Wirkung und Technik von Desinformation einen entscheidenden Beitrag leisten. Internationale Plattformen sind Hauptverbreitungsorte für Fake News. Thüringen hat hier zwar nur begrenzte Eingriffsmöglichkeiten, kann aber politisch Druck ausüben und die konsequente Anwendung bestehender EU- und Bundesregelungen einfordern.

Entscheidend ist, dass der Kampf gegen Fake News nicht als Vorwand dienen darf, um Überwachungsinstrumente auszubauen oder unliebsame Meinungen zu unterdrücken. Vielmehr soll Transparenz statt Geheimhaltung herrschen: Wenn der Staat Falschinformationen korrigiert, soll dies nachvollziehbar, belegbar und für alle Bürgerinnen und Bürger sichtbar geschehen – etwa durch öffentliche Richtigstellungen mit Quellenangaben. Die besten Verbündeten sind dabei die Bürgerinnen und Bürger selbst: Ihnen die Mittel und Fähigkeiten zu geben, Falsches von Wahrem zu unterscheiden, ist nachhaltiger als jede heimliche Analyse durch Nachrichtendienste. Internationale Erfahrungen stützen diesen Ansatz – so setzt beispielsweise Taiwan bewusst auf die Mithilfe der Bevölkerung („distributed trust“), anstatt auf Zensur und auch Finnlands Erfolg stützt sich Bildung und gesellschaftlichem Konsens, statt auf Überwachung. Thüringen soll diesen Weg konsequent beschreiten.

Bei allen Maßnahmen ist daher sicherzustellen, dass die Bekämpfung von Desinformation transparent, zivil und grundrechtskonform erfolgt. Es soll auf wissenschaftliche Erkenntnisse und freiwillige Mitwirkung der Bevölkerung gesetzt werden, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und zu gewährleisten, dass sowohl Meinungsfreiheit als auch Datenschutz gewahrt bleiben. Die Landesregierung wird angehalten, regelmäßige Berichte über die Umsetzung der genannten Maßnahmen vorzulegen und den Erfolg der Strategie evaluiert dem Parlament und der Öffentlichkeit darzustellen.

Bei der Vorstellung der „Polizeilichen Kriminalstatistik 2024“ für den Freistaat Thüringen betonte auch der Minister für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung am 31. März 2025, dass es ein „unglaubliches Ausmaß von Desinformation und Fakenews“ gäbe sowie eine rasante Verbreitung von Verschwörungserzählungen. Weiter äußerte er: „Es ist uns noch nicht wirklich etwas eingefallen, dem etwas entgegen zu bringen“.

Politikerinnen und Politiker aller Parteien sind nicht nur Ziel von Desinformationskampagnen, sondern tragen mitunter – bewusst oder unbewusst – auch selbst zur Verbreitung solcher gezielten Falschinformationen bei. Umso mehr sind sie in der Verantwortung, faktenbasiert, transparent und verantwortungsvoll zu kommunizieren. Ein glaubwürdiger demokratischer Diskurs beginnt mit der Bereitschaft zur Selbstreflexion und zur klaren Abgrenzung gegenüber manipulativen oder irreführenden Aussagen – auch im eigenen politischen Umfeld.

Daher sollten bei der strategischen Bekämpfung von derartigen Desinformationskampagnen auch alle demokratischen Akteure an einem Strang ziehen. Der vorliegende Antrag soll einen Baustein darstellen, weitere Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die notwendige Resilienz in der Gesellschaft sowie in der Landesverwaltung zu erhöhen.

Für die Fraktion:

Mitteldorf